

General Anzeiger

[illegible]

Der Entwurf Herrn Poincaré unterbreitet

Paris, 3. Januar.

Die Presse beschäftigt sich weiterhin mit den Unterhaltungen, die Negreb in Paris über seine Pläne gehabt hat. Im „Figaro“ berichtet dessen diplomatischer Redakteur, Henry Bidou, über eine Unterhaltung, die er und der Besitzer des Blattes, Senator Goby, mit Negreb über seine hiesigen Schritte hatten. Bidou meint, daß nach französischen Schätzungen die aus der von Negreb vorgelegten Geschäftsabteilung hervorgerufenen Werte sich stark in ihrem augenblicklichen Wert dem Wert der Entschädigungen nähern müßten und daß also von diesem Gesichtspunkt aus Schwierigkeiten nicht zu erwarten seien. Außerdem scheint die Methode Negrebs nunmehr die einzige zu sein, die nach Ansicht der Sachverständigen die grundlegenden, aber schwierigen Fragen, vor allem die der Kapitalübertragung, lösen könne. Negreb habe diese beiden Gründe für seinen Plan nicht vorgebracht, vielmehr die Bedingungen gestellt, daß der französische Staat die Insubordination, die er durch den Negrebischen Plan erhalten würde, nicht an das übrige Ausland abstoße. Inzwischen ist der Negrebische Plan Vincare vorgelegt worden. Über die Einzelheiten seines Inhalts weiß der „Figaro“ folgende Angaben zu machen:

Im § 1 soll der französischen Regierung das Recht eingeräumt werden, unter den deutschen Industrien diejenigen auszusuchen, an denen sie sich zu beteiligen wünscht.

Nach § 2 würden die von der französischen Regierung erwähnten Industrien den Nennwert ihrer Aktien um 30 Prozent erhöhen.

Nach § 3 gehen die neuen Aktien sofort in den Besitz des deutschen Reiches über, das die Entschädigungen an die betreffenden Werke festsetzt. Die Aktien werden dann an Frankreich übergeben.

§ 4 sagt, daß die französische Regierung der französischen Industrie die betreffenden Aktien abtreten wird.

§ 5 bestimmt, daß die deutsche Regierung durch Gesetzeserlaß die deutschen Unternehmungen, welche neue Aktien herausgeben, verpflichtet, bei jeder Kapitalvermehrung innerhalb 30 Tagen 30 Prozent des Mehrwerts der französischen Regierung durch Vermittlung der deutschen Regierung anzubieten. Deutschland verpflichtet sich weiter, daß die betr. Aktien innerhalb 30 Jahren nicht zurückgekauft werden können, während sich die französische Regierung verpflichtet mußte, dafür zu sorgen, daß die Aktien außerhalb Frankreichs gleichfalls innerhalb der nächsten 30 Jahre nicht veräußert werden dürfen.

§ 6: Die französische Regierung hätte ein Recht auf deutsche Reparationen, aber kein Recht auf Kontrolle der deutschen Industrie. Die deutschen Aktien sollen, solange sie im Besitz der französischen Regierung bleiben, kein Stimmrecht bei Verteilung der von den deutschen Unternehmungen erzielten Gewinne genießen.

§ 7 bestimmt, daß der Gesamtbetrag der deutschen Akten, die in den Besitz der französischen Regierung übergehen, durch besondere Vereinbarung zwischen beiden Regierungen festgesetzt wird.

§ 8 bestimmt, der Wert der deutschen Aktien soll dem deutschen Reich auf Rechnung der an Frankreich geschuldeten Reparationen aufgeschrie-

werden. Gleichzeitig wird die Summe der von Deutschland an Frankreich zu zahlenden Reparationen unter der Voraussetzung der Verzichtleistung Großbritanniens und Amerikas auf ihre Forderungen gegenüber Frankreich auf den

Betrag von definitiv 25 Milliarden Goldmark festgesetzt. Die Zahlungen, die zur Deckung dieser abgesetzten Schuld von der deutschen Regierung ge-

tätig werden, werden nach einem neuen Plane vereinbart werden. Die Zahlungen und Sachlieferungen des deutschen Reiches auf Reparationskonto sollen aufgeschoben werden, wenn der Betrag durch den Wert der deutschen Aktien abgedeckt ist.

§ 9: Die französische Regierung erkennt an, daß die Abtretung von 30 Prozent des bisherigen Aktienkapitals, sowie die Verpflichtung, von jeder künftigen Kapitalübernahme denselben Prozentsatz an sie abzuführen, die äußerste Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmungen darstellt. Die französische Regierung verzichtet daher offiziell darauf, in Zukunft vergebliche Ansprüche auf eine höhere prozentuale Beteiligung an den deutschen Unternehmungen geltend zu machen.

Der „Fige“ verliert nachzuweisen, warum Neckbergs Vorschläge weitergehende Bedeutung verdienen und teils mit, daß der französische Vorschlag sich in seiner nächsten Föhung mit dem Vorschlage decken werde. Das Blatt schlägt Ergänzungen vor, worin es u. a. heißt: Die deutsche Regierung sei zur Verantwortung zu ziehen, sobald die erhofften Resultate nicht erzielt werden; den an Frankreich abguführenden Aktien müsse ein Vorzugsrecht eingeräumt werden und ihnen völlige Immunität im Hinblick auf deutsche Passivität gewährt werden. Der deutsche Staat müsse sich verpflichten, die betreffenden Industrien nicht mit außerordentlichen Steuern zu belasten. — Herr Arnob Neckberg hält sich übrigens noch in Paris auf. Die „Ceuure“ veröffentlicht einen Brief, in dem er wiederum zur Verteidigung seiner Pläne das Wort ergreift. Er sagt, er gehöre keiner Partei an, weil er sicher sei, daß die Frage der Zivilisation Europas von Gefahren bedroht sei, und daß die Frage Republik oder Monarchie eine Frage von vollkommen nebenfälliger Bedeutung sei. Er sei für den europäischen Wiederaufbau, der unmöglich bleibe, wenn nicht ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland ersehe.

Verlin, 3. Januar. Neßberg läßt durch den „Intransigant“ erklären, daß er vor seiner Pariser Reise mit maßgebenden Berliner Regierungsstellen

Fertigstellung des Dokuments. — Endgültige Zustimmung Boinears

Paris, 3. Januar.

Nachdem nunmehr auch der Bericht des Generals Degoutte vorliegt, hat man am Quai d'Orsay mit der Abfassung der französischen Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember begonnen. Das französische Dokument wird inoffen Herrn v. Goesch kaum vor kommenden Dienstag überreicht werden, da Poincaré erst am 7. Januar vom Reisebureau, wo er zur Theilnahme an den am Sonntag festgelegten Senats-Sitzungen weilt, zurückkehren dürfte. Ueber den vermuteten Inhalt der Antwortnote weiß das „Echo de Paris“ zu melden:

Die französische Regierung werde Deutschland vornehmlich darauf hinwirken, daß gewisse seiner Forderungen, wie die Milderung der auszuweisenden Beamten und der persönliche Status der Einwohner, bereits im Voraus erfüllt seien, so weit die augenblicklichen Umstände es gestatten. Es wird weiter ausgeführt, warum Frankreich der Gesamtheit der deutschen Forderungen nicht nachkommen könne, ohne die wiederholt bekannt gegebenen Grundsätze der französischen Politik bezüglich der Ausführung des Friedensvertrages in Frage zu stellen.

Dem „Petit Journal“ zufolge haben die zuständigen Stellen am Quai d'Orsay den Entwurf der französischen Antwort an Deutschland bereits fertiggestellt; dieser Entwurf soll vorwiegend in das Maass der weiteren Kenntnisnahme nachgelassen werden. Wie es weiterhin gemeldet wird, beabsichtigt die französische Regierung auf alle Fälle, die Tür zu weiteren Verhandlungen offen zu halten. Es scheint überhaupt in Paris der lebhafteste Wunsch zu bestehen, die Auslandsverhältnisse mit Deutschland nach Einbeziehung des Reparationsproblems zu erweitern und gleichzeitig dem Scheitern der beiden Schiedsverständigenausschüsse, denen man in Paris mit allgemeiner Hegegnung, durch den breiten deutsch-französischen Verständigung vorzuziehen. Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur vorab glaubt nach den Anhebungen, die er erhalten hat, über den Inhalt der gestern im Quai d'Orsay stiegelen Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember 1923 folgendes mitteilen zu können:

Die ertäglichen französischen Behörden im besetzten Gebiet seien im allgemeinen ausdrücklich gegen die allgemeine Anwendung der von der deutschen Regierung im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden verlangten Maßnahmen. Diese seien geeignet, der Sicherheit der Belagertenmächte Abbruch zu tun. Man könne also erwarten, daß die französische Regierung sich auf die Rechte beziehen werde, die sie aus dem Vertrage herleite und daß sie nicht verstehen werde, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß gewisse Forderungen, die sie gestellt habe, wenigstens teilweise, namentlich was die Wiedereinstellung der Eisenbahner anlange, bereits befriedigt worden seien. Man habe weiter Grund zu der Annahme, daß den anderen deutschen Vorklägen keine Folge gegeben werde, da sie die seitenden Grundzüge der französischen Reparationspolitik, die so oft proklamiert worden seien, in Frage stellten könnten. Die französi-

ber seine Pläne gesprochen habe. Wie amtlicherseits dazu erklärt wird, ist es wohl möglich, daß Reichard mit einzelnen Mitgliedern der Regierung gesprochen hat, er habe aber in keinem Falle in Regierungsreisen eine Billigung seiner Pläne gefunden.

Berlin, 3. Januar.

Der Fünftzehnerauschuss des Reichstages wird in der Sitzung am Donnerstag mit der Frage der Erhebung der 1/5 Pfahsteuer im besetzten Gebiet beschäftigt. Es ist geplant, die Pfahsteuer, die nach der zweiten Steuernovellierung über das ganze Reich von 2 auf 2½ Prozent herabgesetzt worden ist, für das besetzte Gebiet auf 3 v. h. zu erhöhen. Den Ertrag dieser Steuer soll das Reich den Ländern zur Weiterüberweisung an die Gemeinden zurückweisen.

Berlin, 4. Januar. (Drahtber.)
 Im Hünfächnerausfchuß des Reichstages wurde
 die Verordnung über den Verkehr mit Zahlungsmitteln
 unter 50 Milliarden, durch die die öffentlichen
 Kassen von der Verpflichtung entbunden wurden, Zahlungsmittel,
 die auf Beträge unter 50 Milliarden lauten, in Zahlung zu nehmen,
 angenommen. Aus-
 schließ-lich befaßte sich der Ausfchuß mit einer Verord-
 nung des Reichsarbeitsministeriums über die Art,
 Höhe und Dauer der Unterstützung für Erwerbslose
 und Kurzarbeiter vom 24. Oktober 1923. Angenommen
 wurde ein Antrag, die Reichsregierung zu er-
 suchen, ent-sprechend einem früherzeit im Reichstage ein-
 brachten Antrage zu verfahren, der von den weib-
 lichen Mitgliedern sämtlicher Fraktionen befürwortet
 wurde, wonach Jugendliche bis zu 16 Jahren, die den
 Familienausfchlag der Erwerbslosenfürsorge erhalten,
 die Verpflichtung zur Lebensnahme von Arbeit, dem-
 zufolge der Berufslehre usw. gemäß der Verordnung
 vom 15. Oktober 1923 einzubeziehen sind und wonach
 der Familienausfchlag für Jugendliche bis zu 16 Jah-
 ren nicht an die Jugendlichen selbst, sondern an den
 Ausfchaltungsvorstand zu verlegen oder in Form von
 Entschädigung den Jugendlichen selbst zu gewähren ist.
 Aus-
 schließlich wurde ein Antrag angenommen, daß er-
 zucht an die Regierung die Frage gerichtet werden soll,
 ob sie sich zu den Verschleüßen des Hünfächnerausfch-
 ußes bezüglich der Personalabbau-Verordnung vom 27.
 Oktober 1923 zu verhalten gedenkt, insbesondere, ob
 dem nach Artikel 22a beauftragten Lebensnähmungs-

solche Note sei in einem sehr mäßigen Tone abgefaßt und trage lediglich technischen Charakter. Sie ver-
 sperrte nicht den Weg für spätere Verhandlungen.

Wie weiter gemeldet wird, hat Ministerpräsident Soincaré dem Text des französischen Antwortentwurfs auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dezember gütlich zugestimmt. Die Antwort wird im Laufe des heutigen Tages dem französischen Votschafter in Brüssel zugehen, damit er sie der belgischen Regierung zur Stellungnahme unterbreiten kann. Der diplomatische Redakteur der Agentur Havas bestätigt sodann, daß die von ihm veröffentlichten Angaben über den Inhalt der französischen Antwortnote (siehe oben) zutreffend seien und fügt hinzu, daß außer den bereits gemachten Erleichterungen im Verkehr des besetzten Gebietes weitere Maßnahmen, soweit sie durch die Lage gerechtfertigt erscheinen, in Aussicht genommen seien. Die Aufhebung der Aus- und Einfuhrzölle werde jedoch nicht bewilligt werden.

Eine Auslassung des „Matin“.

Wania 2 9

Paris, 3. Januar.
Jules Sauerwein veröffentlicht im „Matin“ eine offenbar aus dem Elche stammende Aussage der optimistischen Worte Millerand's beim Jahresempfang. Darin wird ausgeführt, daß der Reichstag zwischen dem 1. Januar 1924 und dem des Vorjahres bedeutend sei. Heute befinde sich Frankreich in der Lage, in der es sich am 1. Januar 1923 gefunden hätte, wenn von deutscher Seite mehr Vertrauen gezeigt worden wäre. Deutschland habe ein neues Jahr gebracht, um endlich zur Einigkeit zu gelangen. Vielleicht werde es in Frankreich heute erleben, die es übertrieben fänden, daß der Prääsident der Republik von „Versöhnung“ gesprochen habe. Das Wort Versöhnung sei seit 50 Jahren nicht möglich gewesen, solange Deutschland die Frankreich kriegstreibenden Provinzen gegen den Wunsch ihrer Bevölkerung mit Gewalt festhielt. Heute aber hindere nichts mehr Frankreich, sich mit Deutschland zu versöhnen. Im Gegenteil, alles rüde einer derartigen Versöhnung näher. Frankreich seinerseits wünsche die Versöhnung selbst, weil es wisse, daß die Zivilisation und der Frieden dadurch gewinnen können. Die Aussage des „Matin“ schließt, daß in diesem Jahre Deutschland das Wort habe. Man müsse hoffen, daß gewisse Ansichten nicht täuschen, daß Deutschland nicht neuen Verwirrungen anheimfallen werde. Auf jeden Fall sei es möglich gewesen, daß Frankreich nach dem Erfolge der Rubration angesichts der deutschen Kapitulation erkläre, daß es seinerseits noch immer die gleiche Auffassung habe, wie im Februar 1920 und daß es die Rückkehr normaler Beziehungen zwischen den beiden Völkern als unerlässliche Bedingung für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau betrachte. Frankreich sei bereit, diesen Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen.

Berlin, 3. Januar. (Drahtber.)

Halbamtlich wird gemeldet: Am 24. Dezember hat die polnische Gefandtschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der Beschwerde geführt wird über die vom Weidenburgischen Innenministerium angeordnete Durchsührung des Rückfuhrzwanges gegen die ausländischen Landarbeiter in Weidenburg, da dadurch zahlreiche polnische Staatsangehörige gezwungen worden seien, ihren Besitz zu verlassen. Ferner wären für den Rücktransport in technischer und gesundheitslicher Hinsicht keine hinreichenden Fürsorgemaßnahmen getroffen worden. Zugleich werden in der Note Repressionen gegen Reichsdeutsche in Polen angeklagt. In der deutschen Antwortnote vom 31. Dezember ist demgegenüber darauf hingewiesen worden, daß die betreffende weidenburgische Verordnung bereits vor Wochen erheblich abgemildert worden ist, was der polnischen Gefandtschaft auch mitgeteilt worden war, so daß wenigstens neun Zehntel der polnischen Landarbeiter in Weidenburg verblieben sind. Die Note hebt ferner hervor, daß die Algerissen, deren Zahl die polnische Gefandtschaft auf 1500 beziffert, in der Mehrzahl freiwillig nach Polen abwanderten. Allen Abgewanderten stehe ferner die Rückfuhr nach dem 15. Februar 1924 frei. Bei Personen, denen Schadenersatz durch Verlesung ihrer Weltkummen entstanden ist, wird die Vereitwilligkeit, Schadenersatz zu leisten, zum Ausdruck gebracht unter der Voraussetzung, daß Repressionen von polnischer Seite unterbleiben.

Berlin, 3. Januar. (Fig. Drahtber

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat mit führenden Persönlichkeiten der Bank von England und den Regierungen über die Teilnahme englischer Finanzkreise an der von ihm vorgeschlagenen Goldnotenbank und der Ernährungsanleihe für Deutschland Unterredungen gepflogen. Während die Regierungen lebhaftes Interesse für eine englische Beteiligung an der Goldnotenbank zeigten, haben angesichts der unsicheren Haltung der Reparationskommission die englischen Finanzkreise gegenüber dem Lebensmittelkredit noch große Zurückhaltung geübt.

Don

Preuß. Staatsminister und Minister für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung.

„Es hängt von Euch ab, ob Ihr das Ende sein wollt oder der Anfang und der Entwicklungspunkt einer neuen herrlichen Zeit!“ Als Fichte vor hundert Jahren diese Worte sprach, lag das arme Preußen auch tief darnieder, freilich nicht so schwer getroffen, wie wir in furchtbarer Kriegszeit und in vielleicht noch schwerer Nachkriegszeit. Aber gerade deshalb wollen wir ganz klar sehen und erkennen, daß auch heute und nichts anderes zu helfen vermag als stärkste sittliche Willensimpulse, die jeden Einzelnen erfüllen müssen, der seine Kraft in den Dienst der Gesamtheit stellt, und die die Gesamtheit befehlen müssen, die als Volksganzes nur von dem einen Willen leben soll, aus der Not herauszukommen und die alte Freiheit wieder zu gewinnen.

Wir haben zu oft nach Hilfe ausgeschaut, die von außen kommen sollte; wir haben uns zu oft zu dem Wahn gestiefelt, daß doch noch einmal eine fremde Nation unser Schicksal wenden würde. Gerade das jetzt zu Ende gegangene Jahr hat denen die herbeste Enttäuschung gebracht, die noch immer von der Hoffnung nicht lassen wollten, daß der Kampf an der Ruhr mit fremder Hilfe eine günstige Wendung nehmen würde. Niemand hat eingegriffen. Aber eins hat England getan: es hat feierlich vor aller Welt erklärt, daß die Mißbräufung gegen den Versailler Vertrag erfolgt sei. Hier stand zum erstenmale, seit der Friedensvertrag unterschrieben worden ist, auch unter unseren früheren Feinden ein Zeuge für unser Recht auf. Das hätte für unser Volk einen Zuwachs an Energie bedeuten müssen, der uns zu einem einheitlichen Handeln, zu einer neuen Einheit hätte zusammenschweißen müssen. Aber daran fehlt es eben; wir schließen uns nicht zusammen. Parteien stehen wider Parteien, Programme wider, Programme, Männer wider Männer. Und was wir erleben, war kein Entfall, sondern neue Zermürbung, Zermürbung durch uns selbst. So kommen wir aus dem Niedergang nicht heraus. So gewinnen wir keinen festen Boden; er schwankt unter unseren Füßen.

Über ein Gutes haben diese schweren Wochen tiefer Enttäuſchung gebracht: Sie haben dem Volke in ſeiner Geſamtheit mit unmißverſtändlicher Klarheit vor die Seele geſtellt, daß es jo nicht weiter geht. Das Volk will etwas anderes. Es will heraus aus der Verwirrung und Verübung. Es ſucht nach einem neuen Weg. Es weiß: der Weg, der zum Ziele führt, iſt hart und beſchwerlich; er geht über Geröll; er geht durch Geſtrüpp; er erfordert unſere ganze Kraft. Er führt aber bergauf! Nur unbeugſamer Wille kommt zum Ziele. Daut ſich ein feſter Wille auf dieſer Erkenntniß auf, und lebt dieſe Wille von täglich neu werdender ſittlicher Energie, dann wird er ſtark und gewinnt Ueberwinderkraft.

Ein Staat wird nie ohne Parteien bestehen, am wenigsten aber Staatsweisen auf demokratischer Grundlage. Aber daß wir in dem letzten trüben Jahr die Kinderkrankheiten des demokratischen Staates fürchterlich erlebt haben, muß und die Kraft geben, die Krankheiten zu übersehen und die Gesundheit zu wollen. • Es ist schließlich alles nur Wille. So sicher liberale Parlamente mit ihren Parteien und Parteien sich als unfähig erwiesen haben zur Lösung der staatsnotwendigen Aufgaben, so sicher muß das Volk die Kraft haben, nicht erst bei den nächsten Wahlen, sondern ungeschämt, da die Not es erfordert, zu erkennen, daß es eine Führung ertragen kann, die auch ohne Parteien regieren will, und daß es diese Führung auch mit seiner Kraft stützen kann. Wird unser Volk wieder kraftvoll geführt, dann kann es wie in seinen besten Zeiten auch das Martyrium der Armut und Not zur Stunde gebuldig ertragen und vorübergehend sogar einen Verzicht auf politische Rechte auf sich nehmen. Wenn es nur sieht, daß es endlich wieder mit vereinten Kräften vorwärts geht. Unser Volk empfindet es bis in die Tiefen seines Fühlens: Eine Nation, die will, kommt zum Ziel!

Und dann ein Zweites. Die gegenwärtige Generation darf nicht für sich selbst beanspruchen, daß sie noch den Gipfel ersteigt, um wie einst hoch oben auf dem Kamm zu stehen als „freie Menschen im freien Staat“. Der Weg ist zu lang und die Strecke zu beschwerlich. Das müssen wir erkennen, aber wir dürfen trotzdem nicht ermatten. Doch unsere Jugend an die Hand zu nehmen, sie zu lehren, die Schwierigkeiten zu überwinden, die Hindernisse zu nehmen, sie auch ruhig voranschreiten lassen, wenn mannbare Kraft sie stärker macht als wir sind, ihr dankbar zu folgen, wenn sie die Aufgabe aus unsern Händen übernimmt, Felsblöcke aus dem Weg zu räumen, das ist unsere höchste Pflicht.

Unsere Jugend ist unsere Zukunft und unsere Hoffnung. Wir müssen für sie leben, damit wir in ihr fortleben. Und wenn auch über sie Stunden kommen sollten, in denen sie verzagen muß, dann wollen wir immer wieder ihr Auge richten auf den Glanz des Lichtes, das uns die Höhen verläßt. Wir wollen selbst glauben und sie glauben lehren, daß dieses Licht unserm Volk nicht nur von fern scheinen wird. Unsere Kinder werden die Höhe ersteigen, auf der sie fortan wandeln sollen.

Das heißt sittliche Güter in die Herzen der Jugend pflanzen, der Jugend vorleben: ein Leben der Pflicht und ein Leben der Kraft. Wenn eines uns heute not tut, dann ist es die Wahrheit, daß nur starke Menschen den Weg zur Höhe weisen. Armut und Not müssen uns stark machen. Ein Herz, das in solchen Stunden nicht veragt, läßt heißes Blut durch die Adern rollen und verleiht die reiche Kraft. Wir müssen nur glauben wollen.

Politische Uebersicht.

Der Reichspräsident an die deutsche Jugend. Der die deutschen Jugendvereinigungen sämtlicher Parteien und Bünde umfassende Ausschuss der deutschen Jugendverbände hatte dem Reichspräsidenten im November v. J. eine Rundgebäude überreicht, die ein Bekenntnis und eine Mahnung zur Einheit und zur Treue zum gemeinsamen Vaterlande enthielt. Der Reichspräsident hat darauf mit einem Schreiben geantwortet, in dem es heißt: „Die wirtschaftliche Not weiter Volkstreu wird erschwert durch die lähmende Ungewissheit über das zukünftige Schicksal unseres Landes. Dennoch ist die Hoffnung auf einen Aufbruch, auf eine bessere Zukunft. Diese Hoffnung aber hat ihre besten und stärksten Wurzeln in dem Vertrauen auf den Willen und die Kraft der deutschen Jugend. Das junge Deutschland hat dieses Vertrauen bisher gerechtfertigt. Es hat seinerseits die Grenzen unseres Landes schützen helfen, es hat erst in jüngster Zeit mit erfreulicher Einmütigkeit und Geschlossenheit sich für des Reiches Einheit und Geschlossenheit eingesetzt. Deutsche Jugend! Erhalte und stärke in dir Gemeinnut und Idealismus! Das deutsche Volk kann nur leben und eine geachtete Stellung unter den Völkern einnehmen, wenn es seine Geschicke in einer freien und friedliebenden Demokratie selbst bestimmt.“

Seine vorzeitige Entlassung des Reichstages. Zu dem von sozialdemokratischer Seite erhobenen Ruf auf Einberufung des Reichstages wird der „Volkskämpfer“ aus Berlin gemeldet: Reinesfalls ist vor Mitte Januar mit der Einberufung des Reichstages zu rechnen, es sei denn, daß besondere außenpolitische oder sonstige Zwischenfälle eintreten. Bis jetzt liegt irgendwelcher Beschluß in dieser Frage nicht vor. Vereinbarungen unter den Parteien haben überhaupt noch nicht stattgefunden, zumal die meisten Parteiführer von Berlin abwesend waren. Ebenso wie über diese Frage läßt sich über den Termin der Neuwahlen noch nichts sagen. Erörterungen darüber in der Presse, die schon einen Termin in Aussicht nahmen, sind völlig unbegründet.

Anschluß Schaumburg-Lippes an Preußen. Die sozialdemokratische Fraktion im Schaumburg-Lippischen Landtag hat einen Bericht aus Bielefeld zufolge einen Antrag eingebracht, welcher an die Regierung das Ersuchen richtet, mit Preußen bzw. mit einem anderen Lande in Anschlußverhandlungen einzutreten.

Die Kabinetskrise in Sachsen. Wie aus Dresden gemeldet wird, ist über die Ministerpräsidentenwahl in den Verhandlungen zwischen den Fraktionen immer noch keine Einigung erzielt. Der radikale Flügel der Sozialdemokraten agitiert zwar lebhaft für eine Landtagsauflösung, doch deutet vieles darauf hin, daß man in Sachsen doch noch einen Weg zur großen Koalition finden werde.

Professor Meißner, einer der getreuesten Anhänger der rechten Nationalistischen Partei, ist in Berlin gestorben. Sein Tod erinnert an die vorrevolutionäre parlamentarische Arbeit. Meißner vertrat als Abgeordneter einen linksliberalen Wahlkreis lange Jahre hindurch in vortrefflicher Weise. Er gehörte zu den Arbeitenden der preussischen Landtage und wirkte aus angesehenen liberalen Grundbesitzern heraus. Der Sohn des Entschlafenen, Dr. Kurt Meißner, ist einer der bekanntesten Berliner Journalisten und gehört zu den Führern des Reichsverbandes der deutschen Presse.

Der Parteitag der Sozialdemokratie. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie hat vorbehaltlich der Zustimmung des Parteiausschusses beschlossen, den Parteitag auf den 30. März 1924 nach einer mittel-deutschen Stadt einzuberufen. Der Ort ist noch nicht bestimmt.

Zuckeranfuhr zur Bekämpfung von Devisen.

Berlin, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Zur Bekämpfung von Devisennot ist die Ausfuhr von Zucker in größerem Umfang beschlossen worden. Die näheren Vorschriften darüber sind namentlich ergangen, aus denen folgendes mitzuteilen ist:

Die Ausfuhr erfolgt auf Grund von Zuckerausfuhrscheinen, die vom Ausfuhrbüreau der Zuckerindustrie, Berlin W., Nr. 11/12, auszugeben werden und über eine bestimmte Menge von Verbrauchs-Zucker lauten. Nach jeder Ausfuhr auf Zuckerausfuhrscheine nicht ausgeführt werden. Der Reichsmünzrat für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt, bis zu welcher Höhe Zuckerausfuhrscheine jeweils auszugeben werden dürfen. Auf jeden Zentner Verbrauchs-Zucker, der auf Zuckerausfuhrscheine ausgeführt wird, sind 20 Schilling englischer Währung oder ein entsprechender Wert in nordamerikanischer, holländischer, schwedischer oder schwedischer Währung binnen acht Tagen nach erfolgter Ausfuhr an die Devisenbeschaffungsstelle gegen Entgelt abzuführen.

Serabminderung der französischen Seeresflotte.

Paris, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem „New York Herald“ ist die französische Flotte ab 1. Januar um 10 Divisionen vermindert worden. Es sind 39 Infanterie- und 21 Kavallerie-Regimenter bereits aufgelöst worden.

Der Idealmann.

Von Eva Gräfin von Dandis.

In allen zivilisierten Ländern gilt ungefähr das gleiche Ideal für einen Mann; trotz der unromantischen Zeit verlangt man noch immer ritterliche Tugenden von ihm, als da sind: Mut, Tapferkeit und sein abgewogene Ehrgefühl, Eigenschaften in der Tat. Die jeden Mann fast zum Helden stempeln. Nach Carlheles Auffassung allerdings, dem man schon deshalb den Vorrang einräumen muß, weil er sich so intensiv mit der Materie beschäftigt hat, daß es nicht nur möglich ist, einen heldischen Typ, sondern deren sechs. Er betrachtet den Helden als Gütlichkeit, als Propheten, als Dichter, als Priester, als Schriftsteller und Gelehrten (Carlheles moderner Typ) und als König. Ganz sicher nun gibt es Helden, die sich in diese sechs Formen nicht einordnen lassen, und es wäre auch lächerlich, wenn außer diesen sechs Verkörperungen keine anderen anerkannt würden. Wie zum Beispiel steht es um den Soldaten? Er hat doch wohl seinen Beitrag zum Kapitel „Helden“ geliefert. Die großen Zeiten für Helden sind vorüber; das heißt, nötig wären uns diese schon, der größte Held unserer Tage müßte aber in sich vereint noch viel mehr Qualitäten besitzen, als Carlheles sechs Praxistypen, er müßte ein Held auf politischem, auf volkswirtschaftlichem, auf staatswissenschaftlichem Gebiet sein, er müßte Gold machen können und — so nebenbei noch — die Meinungen der ganzen zivilisierten Welt unter einen Hut bringen. Dann eben, um sich durchzusetzen, brauchte er Vertrauen, Ansehen, Unfehlbarkeit, und somit wäre es nötig, daß er dem allgemeinen Ideal eines Mannes entspräche. Kaum ist zu hoffen, daß der große Mann, der große Held unserer Generation noch gefunden werde, aber wir brauchen auch für den Alltag einen Idealmann, der uns das verkörpert, was wir an Unverwundbarkeit am höchsten schätzen. Seien die ritterlichen Voraussetzungen: Mut, Tapferkeit, feinst abgewogene Ehrge-

Im Reiche der Sowjets.

Lenin im Rollstuhl. — Einrichtung des Marine-Intendanten.

In einer Versammlung der russischen kommunistischen Pressevereinigungen zu Moskau hat, wie die „Krasnaja Gazeta“ mitteilt, unlängst ein gewisser Ljowow Mitteilungen über den Gesundheitszustand Lenins gemacht. Aus seinem Bericht geht hervor, daß der oberste Sowjetführer noch immer gelähmt ist und im Rollstuhl fortbewegt werden muß. Ljowow erzählt:

Das rechte Bein, das vollkommen unbeweglich war, vermag Lenin zwar jetzt so weit zu gebrauchen, daß er sich ohne Hilfe von seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße begeben kann, aber auf ebener Erde ist er ziemlich hilflos und muß dabei, um vorwärts zu kommen, sich weiterhin des Rollstuhls bedienen. Sein rechter Arm ist noch immer gelähmt. Da keine Goffnung besteht, diese Lähmung zu beheben, hat man ihn das Schreiben mit der linken Hand gelehrt. Lenins Dankschaft dagegen ist ausgezeichnet. Er erinnert sich genau der Umstände, unter denen er das öffentliche Leben verließ, und sein Gehirn ist ununterbrochen in lebendiger Tätigkeit. Aber an den Vorgängen in der Öffentlichkeit darf er auf Anraten der Ärzte nicht teilnehmen. Speziell das Lesen und insbesondere die Beträge von Zeitungen hatten sie ihm verboten, weil sie befürchteten, daß die durch das Zeitunglesen hervorgerufene Aufregung die Bemühungen zur Beseitigung der Lähmungserscheinungen zunichte machen würden.

Ljowow erzählt in diesem Zusammenhang eine Geschichte, die, wenn sie einem Herrscher in einem anderen Land betrüge, von den Völkern sicher als monarchistisches Ammenmärchen verhöhnt werden würde. Eines Tages wurde Lenin, so berichtet Ljowow, wie gewöhnlich in seinem Rollstuhl ins Freie gebracht. Es waren Waggons getroffen, um zu verhindern, daß er jemand begegne. Durch einen Zufall führte man ihn jedoch in die entgegengesetzte Richtung und kam zu einer Wagg, auf der zwei kommunistische Arbeiter saßen und Zeitungen lasen. Lenin ließ sich, ihn zu der Wagg zu führen, griff dort nach der Zeitung, die der eine der Arbeiter in der Hand hielt, und begann mit großem Interesse zu lesen. Eine Stunde lang blieb er in der Wagg verweilt. Wie groß war nun die Verwunderung aller, die nachher konstatierten, daß Lenin durch das Lesen der Zeitung nicht nur keinen Schaden erlitten, wie die Ärzte be-

fürchteten hatten, sondern die Wiedererholung von diesem Augenblick an rascher Fortschritte machte.

Im Moskauer außerordentlichen Gericht fand, wie „Iswestija“ meldet, die

Verhandlung gegen Ismailow, den Chef der Marinehauptintendantur, statt, der beschuldigt wurde, sich Staatsgelder angeeignet zu haben. In seiner Verteidigungsbrede schilderte Ismailow den Vorgesetzten seine Verdienste um die Sowjetrepublik und bat, ihn nicht zum Tode zu verurteilen. Er sagte:

In den Tagen des Jahres 1917 bin ich mit einer Gruppe von Seesoldaten in Petersburg eingedrungen, um die provisorische Regierung mit Keremits an der Spitze zu verhaften und die Republik zu proklamieren. Der Plan wurde aber von einem meiner Mitarbeiter verraten, ich wurde verhaftet und als angehänger der deutschen Regierung in die Kaimatten gesteckt. In den Oktobertagen desselben Jahres zog ich mit achttausend Matrosen von der baltischen Flotte neuerlich nach Petersburg und ließ das Winterpalais belagern. Im Januar 1918 habe ich mit Matrosenabteilungen die konstituierende Versammlung auseinandergejagt. Später gelang es mir, die russische baltische Flotte aus Selvingors nach Kronstadt zu bringen und auf solche Weise für Sowjetrußland die Flotte zu retten, da sie sonst in die Hände der Deutschen gefallen wäre. Später kommandierte ich die Wolga-Flotte und nahm an dem Kampf gegen Kasan, Simbirsk und Samara teil. Als ich Chef des Hafens von Rjasan-Moskows wurde, richtete ich dort eine Operationsbasis gegen die tschechisch-slowakischen Regionen ein und habe dem Staat sehr genützt. Dank meiner Initiative wurde auch die russische Schwarz-Meer-Flotte reorganisiert, die heute wieder ein Faktor geworden ist, mit dem Sowjetrußland rechnen kann. Als ich Chef der Hauptverwaltung der Marineintendantur wurde, habe ich mich durch gewisse Leute, die meinen Sturz wünschten, zu Unzulänglichkeiten verleiten lassen. Ich bitte das Volksgericht, meine Verdienste um die russische föderative Republik zu berücksichtigen.

Die Rede machte auf die Zuhörer einen starken Eindruck. Trotzdem verurteilte das Gericht Ismailow einstimmig zum Tode durch Erschießen, und das Urteil wurde noch in derselben Nacht auf dem historischen Chodintsefeld vollzogen.

Wiedereinstellungen deutscher Eisenbahner.

Paris, 3. Januar. Dem „Temps“ wird aus Düsseldorf gemeldet: Am 31. Dezember wurden 166 deutsche Eisenbahner wieder eingestellt, wodurch sich die Zahl der bei der Regie beschäftigten deutschen Eisenbahner auf 56 361 erhöht. An demselben Tage wurden 9749 Waggons zu 70 000 Tonnen geladen.

Die Reichsindizes.

Berlin, 3. Januar.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) belaufen sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Samstag, den 29. Dezember 1923, dem wegen des Jahreswechsels anstelle des Montag gewählten Erhebungstages, auf das 1147milliarde der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 22. Dezember (1150 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 0,3 v. H. zu verzeichnen. Für den Durchschnitt des Monats Dezember berechnet sich die Reichsindizes auf das 1247milliarde, gegenüber den 67milliarde im Durchschnitt des Monats November. Das entspricht einer Steigerung von 89,8 v. H. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt Dezember auf das 1182milliarde, die Ernährungskosten allein auf das 1512milliarde der Vorkriegszeit gestiegen.

Zeigners Attake auf die evangelische Kirche Sachsens abgelehnt.

Dresden, 3. Januar.

Der Telegraphen-Union Sachsen dienst meldet: Bekanntlich hatte die sächsische Regierung auf Grund des sächsischen Altersgrenzengesetzes die Pensionierung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats verfügt. Nachdem das Reichsgericht entschieden hat, daß die Anwendung des genannten Gesetzes auf die Mitglieder des Landeskonfessionsrats mit dem Artikel 173 der Reichsverfassung nicht vereinbar ist, haben Präsident D. Voehne und Vizepräsident D. Ahnelt mit Beginn des neuen Jahres ihre Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Streit ausdehnung in der Berliner Metallindustrie.

Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat heute an Ausdehnung zugenommen. Etwa 90 große und mittlere Betriebe sind in die Bewegung hineingezogen worden. Gestern ist es in einzelnen Betrieben zu Ausschreitungen gekommen. Teilweise wurde versucht, die Arbeitswilligen mit Gewalt aus den Betrieben heraus zu holen, teilweise bestand Neigung zu Minderungen. Der Schutzpolizei gelang die Wiederherstellung der Ordnung ohne größere Maßnahmen. Eine generelle Ausbreitung seitens der Arbeiter ist bisher nicht erfolgt, vielmehr wurden die Arbeiter in den Betrieben, in denen sie passiv die Notwendigkeit leisteten, aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wo das verweigert wurde, wurden vereinzelt Minderungen vorgenommen.

Durchgangsverkehr Frankfurt-Basel.

Frankfurt a. M., 3. Januar.

Nach einer Unterbrechung von elf Monaten ist der direkte Zugverkehr Frankfurt am Main-Basel über Offenburg wiederhergestellt. Eine Genehmigung für die Durchreise durch das besetzte Gebiet ist nicht notwendig.

Anerkennung Sowjetrußlands durch Polen.

Warschau, 3. Januar.

Der Leiter des Außenministeriums teilte dem Sowjetbotschafter Dolenski mit, daß der Staatspräsident sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter der Sowjetregierung alsbald in Empfang nehmen werde. Das bedeutet die Aufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen und die Anerkennung der Sowjetregierung in jeder Form.

Catalonien und Spanien.

Madrid, 3. Januar.

Auf dem Bankett in Zarzalla (Provinz Barcelona) fand in Anwesenheit von Vertretern der Verbände und hervorragender politischer Persönlichkeiten eine Vertrauensstimmung für das Direktorium statt. Der bekannte Politiker Dr. Monagas erklärte, Catalonien und Spanien gehören untrennbar zusammen.

Zum Verlust der „Digmuiden“.

Nach einem in Toulon aufgefangenen Funkspruch der Seeräuber in Vizeña wurde dort im Meer ein Benzinschiff mit dem verlorenen Luftschiff „Digmuiden“ (ein früherer Zeppelin) gefunden, dem verschiedene mit Bleistift geschriebene Mitteilungen angeheftet waren. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß die gesamte Mannschaft (etwa 50 Mann) ein Opfer des Unglücks wurde. Die sozialistischen Zeitungen rufen nach der Feststellung der Verantwortlichen, von denen das Land Rechenschaft zu fordern habe, weil das Luftschiff ohne genügende Ausrüstung auf seine Todesfahrt geschickt worden sei und man ihm nicht einmal rechtzeitig die Sturmwarnungen hätte zugehen lassen. Besonders heftige Angriffe erhebt der „Populaire“. Er behauptet, daß der erste Monteur des Luftschiffes einige Tage vor dem Aufstieg in Vizeña auf Urlaub gewesen sei. Er habe seinem Freunde Mitteilung davon gemacht, daß ihm die befohlene Kreuzfahrt gewisse Schwierigkeiten verursache. Einige Apparate der „Digmuiden“ seien nicht in Ordnung gewesen und die von ihm gemeldeten Schäden seien nicht berücksichtigt worden. Er habe dementsprechend die Fahrt als äußerst gefährlich betrachtet und den ganz bestimmten Eindruck gehabt, daß er diesmal nicht wieder nach Hause kommen werde. Ein Telegramm aus Sizilien, einem Küstenort Siziliens, besagt, daß die Leiche des Schiffesleutnants zu Vizeña de Greneba gefunden wurde. Schiffer zogen ihre Netze aus dem Meer und in den Netzen gefangen lag der tote Offizier. Es war der Kommandant der „Digmuiden“. Es wurden sofort weitere Nachforschungen angestellt, aber weder Trümmer des Luftschiffes, noch andere Leichen konnten gefunden werden. Der Tote wird auf einem italienischen Torpedoboot nach Toulon übergeführt werden. Man glaubt, daß das Luftschiff auf das Wasser herabgedrückt wurde und daß die Mannschaften und Passagiere nacheinander das Luftschiff verließen. Als Letzter blieb der Kommandant an Bord, der dann mit dem Luftschiff unterging. Es ist aber auch möglich, daß die Besatzung die Herrschaft über die Maschinen verloren hat. Viele Hypothesen sind möglich, keine einzige kann bestätigt werden. Noch immer wird gehofft, daß sich wenigstens ein Teil der Mannschaft mit Hilfe eines Fallschirms gerettet hat. Es wird bekannt, daß italienische und französische Schiffe am 23. Dezember zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags Notzeichen von der drahtlosen Station der „Digmuiden“ aufgefangen haben. Diese letzten Hilferufe haben wahrscheinlich den Untergang des Luftschiffes angekündigt, der dann Sonntag nachmittag zwischen Sizilien und Tripolis erfolgt sein muß. Der „Matin“ bringt in zwei Telegrammen aus Algier eine andere Version. Die „Digmuiden“ ist zum vorletzten Mal am 20. Dezember um 7.30 Uhr abends über Vizeña gesehen worden und zum letzten Mal in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der Richtung auf Gabas. In dieser Nacht trat ein starkes Gewitter auf, das zahlreich Schiffe verhängnisvoll wurde. Die meteorologische Station in Algier nimmt an, daß in dieser Nacht die „Digmuiden“ vom Blitz getroffen wurde und untergegangen ist.

Kurze Mitteilungen.

Die deutsche Fraktion des Danziger Volkstaats hat einen Gesandten auf Verwendung der Verfassungswegs Verabreichung der Wahl der Abgeordneten und Wahrung der Bestimmungen ein-gebracht.

Das Volksgericht München verurteilte sieben Kommunisten zu drei bis sechs Monaten Gefängnis, weil sie im Fernverkehr den Kampf am 19. August v. J. eine deutschlandweite Handlungsgehilfenversammlung einberufen hatten.

Der Schritt Englands bei Polen, Rumänien und Jugoslawien wegen der von Frankreich gewährten Kredite wird von der italienischen Presse durchaus gebilligt.

Wie aus Ludwigshafen gemeldet wird, beschäftigt der päpstliche Delegat, Monsignore Rosta, in nächster Zeit die Weinpalas zu besuchen, um sich an Ort und Stelle von den dortigen Verhältnissen ein Bild zu machen.

Das Volksgericht München I hat gegen den im Jahre 1909 in München geborenen Grafen v. Mollin-Eckardt einen Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen.

MULCUTO - Hohlstahl - Rasierapparat
für den stärksten Bart millionenfach bewährt!
Preis 4,- Rentenmark, Extra Qual. in ff. Etui 6,50 Mk. Warnung! Die echten Klingens MULCUTO gestempelt mit dem Rasiermesser f. d. stärksten Bart No. 55 Mk. 4,- Muster Preis gratis. In den Stahlwaren-Spezialgesch. erhältlich. Auf Wunsch w. Bezugsgew. nachgew.

Begabung Mithras aufmerksamer, und bereits nach 14 Tagen befand sich Mithras, immer den italienischen Blättermeldungen zufolge, auf Veranstaltung Samaganes in Mailand, wo er den Gelangunterstützt des berühmten Maestro Scarlatti genoss. Die Fortschritte des jungen Gelangstüblers sollen dezent sein, daß er sich nach kaum neunmonatlichem Unterricht vor einem geladenen Kreis von Musikern und Pressevertretern mit einigen Trauerrufen vorstellte konnte. Die Begabung der Schüler war, wie es heißt, grenzenlos. Die Direktion der „Scala“ hat sich, so heißt es, entschlossen, die weitere Ausbildung des neu entdeckten Tenors zu übernehmen.

Lautropfen.

Träumend lag die Wiese da. Ihr Sinnen eilte dem Frühlingssorgen nach, der sich eben ihren Armen entwand hatte. Seine Risse gingen nach in ihren Sinnen wie blühende, fragende Kinder, und die Blüten, die er ihr in den Schoß geworfen, waren perlen-durchwirrt.

Strahlend kam der Tag daher gegangen. Als er die Wiese in ihrer leuchtenden Herrlichkeit sah, breitete er Arme weit aus, um sie an sein Herz zu ziehen. Sie aber streckte abwehrend ihre Hand aus.

Wohl erkannte der Tag die Wiese dieser Gebärde: „Lach mich weiter träumen“. Er wußte sie zu schälen und schenkte, ohne zu nehmen. Nun lag die Wiese da wie eine Göttin der Schönheit, die sich ins Menschenland verirrt hat.

Lachende Kinder schritten den Wiesenspfad entlang. Die träumende Schönheit sah sie nicht, wohl aber das funkelnde Gewand ihres Saates, die blühenden Karaffen ihres Gewandes. „Was für schöne Blüten“, riefen sie ineinander aus und lachten sich, die Schätze zu sammeln. Doch als diese unter ihren Händen in nichts zertrümmten, wurden sie unwillig und keckerten die stammelnden Diamanten.

Wie unermeßlich reich wären wir Menschen, würden wir mehr auch die Schönheit genießen können, die sich nicht von uns umarmen läßt.

Die Dol

Ausschr

Tag

3. Januar

11. "

24. "

1. Febr.

11. "

21. "

1. März

11. "

21. "

1. April

11. "

21. "

1. Mai

11. "

21. "

1. Juni

11. "

21. "

1. Juli

11. "

21. "

1. Aug.

11. "

21. "

1. Sept.

11. "

21. "

1. Oktbr.

11. "

21. "

1. Novbr.

11. "

21. "

1. Dezbr.

11. "

21. "

1. Jan.

11. "

21. "

1. Febr.

11. "

21. "

1. März

11. "

21. "

1. April

11. "

21. "

1. Mai

11. "

21. "

1. Juni

11. "

21. "

1. Juli

11. "

21. "

1. Aug.

11. "

21. "

1. Sept.

11. "

21. "

1. Okt.

11. "

21. "

1. Nov.

11. "

21. "

1. Dez.

11. "

21. "

१८८.

drahtlose	Zu-	3. Januar	2. Januar	Höch.
-----------	-----	-----------	-----------	-------

werden. Im Gegenteil, die Abgabverhältnisse ent-
wickeln sich meistens derart unbefriedigend, daß im
westlichen und nördlichen Einzelsatzungen eingeleitet werden muß-
ten und auch in Zukunft eingelegt werden müssen.
Inzwischen sind die Abgaben wieder auf 300 Millionen
6 472 000 Doppelcentner, reines Salz, gestiegen, 1926 000
Doppelcentner im gleichen Zeitraum der Vorjahre und
1925 000 im ganzen Jahre 1923 abgesetzt. Davon ent-
fielen auf das Inland 5 237 000 Doppelcentner, auf das
Ausland 3 235 000 Doppelcentner. Der Inlandsab-
satz weist damit gegen das Vorjahr eine Abnahme
von 42 Prozent auf, während der Auslandsab-
satz um 6 Prozent zu erhöhen vermochte. An diesem
Mehr findet in der Hauptsache die Vereinigten Staaten
Auftrag — rund 500 000 Doppelcentner erteilt haben
sollen. Ansehnliche Neubestellungen liegen ferner aus
den nördlichen Ländern sowie aus Brasilien und
Spanien vor. Auch im wiedererstarrenden Oesterreich
hofft man jetzt den Verbrauch wieder heben zu können.

